

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

KOMMUNALPOLITISCHES GROSSEREIGNIS

DAS WAR DER GEMEINDETAG IN TULLN

BODENVERBRAUCH

**BÜRGERMEISTER WEHREN
SICH GEGEN
SCHULDZUWEISUNGEN**

SOMMERGESPRÄCHE

**IST DIE ENERGIEWENDE
MACHBAR?**

A bright yellow door is shown slightly ajar, set within a matching yellow frame. The door has a silver handle and is set against a light blue background.

Niederösterreich öffnet Türen. ecoplus.at

Seit über 50 Jahren beraten und begleiten wir bei Betriebsansiedlungen und -erweiterungen, regionalen Förderungen und Internationalisierung, überbetrieblichen Kooperationen und Branchen Netzwerken, Forschung und Entwicklung. Wir verbinden Wirtschaft und Politik, Unternehmen und Verwaltung, Investoren und Initiatoren regionaler und internationaler Projekte.

■ INHALT

NÖGEMEINDE

OKTOBER 2021

■■■ POLITIK

04 GEMEINDETAG IN TULLN

„UNSER LAND KANN SICH AUF DIE BÜRGERMEISTER VERLASSEN“



©ROLAND SCHULLER/FOTO IM LOHNBÜRO

08 BODENVERBRAUCH

BÜRGERMEISTER WEHREN SICH GEGEN SCHULDZUWEISUNGEN

12 BEZIRKSTREFFEN

PRÄSIDENT JOHANNES PRESSL UNTERWEGS

14 STEUERREFORM

MEHR GELD FÜR LÄNDLICHE BEVÖLKERUNG

■■■ RECHT & VERWALTUNG

24 VERGABE

WIE KÖNNEN REGIONALE UNTERNEHMEN BEAUFTRAGT WERDEN?

25 RUNDSCHAU

WAS IST STEUERLICH DERZEIT ZU BEACHTEN?



©PATRICK DAKENBICHLER - STOCK.ADOBE.COM

■ AUS ERSTER HAND

DIE GESCHLOSSENHEIT
MACHT UNS STARK

Mit großer Freude können wir auf den österreichischen Gemeindegtag in Tulln zurückblicken. Unvorstellbar viel Lob hat es von Bundes- und Landeseite für die Gemeinden und für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gegeben. Als Umsetzer werden wir geschätzt aber auch als Politiker mit Hausverstand und Menschen, die vor Ort das Ohr am nächsten bei ihren Bürgerinnen und Bürgern haben, wie es unser Bundespräsident gesagt hat. Auch inhaltlich haben wir uns ausgetauscht und klargestellt, dass es die Gemeindeebene in der Raumordnung braucht, dass der Bund in der Pflege jetzt reformieren muss, um einen Notstand zu vermeiden und die zweite Breitbandmilliarde zum Glasfaserausbau rasch ins Land hinaus bringen muss!

Es ist die Geschlossenheit und der gemeinsame Einsatz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Anliegen der Menschen und die Anliegen des ländlichen Raumes, der uns so stark macht und der sich am Gemeindegtag auch für eine breite Öffentlichkeit manifestiert hat. Und dieses „gemeinsame Aufzeigen“ hat allein in den wenigen Wochen danach schon „hoffnungsvolle“ Ergebnisse bei wichtigen politischen Weichenstellungen gebracht:

- Das VOR-Klimaticket kommt und es wird vor allem für Pendlerinnen und Pendler aus dem ländlichen Raum in Niederösterreich enorm BILLIGER!
- Die zweite Breitbandmilliarde ist auf dem Weg und wird ab 2022 speziell für den Glasfaserausbau der bislang unterversorgten ländlichen Gebiete abrufbar sein!
- Und die ökosoziale Steuerreform berücksichtigt erstmals die Benachteiligungen bei der Mobilität am Land mit einem erhöhten Klimabonus für jede Bürgerin und für jeden Bürger in unseren Gemeinden.

Hoffnungsvolle Zeichen, die zeigen, dass die Gemeinden und der ländliche Raum bei den aktuellen Zukunftsweichenstellungen ein starker und geschlossener Partner auf Augenhöhe für Bund und Land sind. Ein herzliches DANKESCHÖN dafür an alle, die das am Gemeindegtag auch persönlich mit ihrer Teilnahme unterstrichen haben und DANKE an alle, die durch eine exzellente kommunalpolitische Arbeit tagtäglich den Beweis für die Wichtigkeit und Stärke unserer Gemeinden erbringen!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



„UNSER LAND KANN SICH AUF DIE BÜRGERMEISTER VERLASSEN“

AM 15. UND 16. SEPTEMBER FAND IN TULLN DER 67. ÖSTERREICHISCHE GEMEINDETAG STATT. GLEICH MEHRERE REGIERUNGSMITGLIEDER KAMEN ZU DEN PODIUMSDISKUSSIONEN UND ZUR HAUPTTAGUNG. UND DIE GESAMMELTE POLITIPROMINENZ BETONTE UNISONO DIE GUTE ZUSAMMENARBEIT VON LAND UND GEMEINDEN.

Das die Pandemie auch für die Gemeinden eine enorme Herausforderung war, machte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl bei der Haupttagung deutlich. Die Gemeinden hätten aber gezeigt, wie Krisenmanagement vor Ort funktioniert und dabei laufend informiert, erklärt, unterstützt sowie Test- und Impfstraßen organisiert.

Die Situation der kommunalen Finanzen habe sich durch die Krise noch verschärft, erklärte Riedl weiter. „Gleich zu Beginn der Pandemie war uns allen klar, dass die Gemeinden Hilfe vom Bund brauchen, um die lokale Wirtschaft am Leben zu erhalten. In intensiven Verhandlungen haben wir schließlich zwei Hilfspakete bekommen. Heute sehen wir, die Wirtschaft in den Regionen brummt und die Hilfen des Bundes und der Länder sorgen für neue Kindergärten, Schulen, Photovoltaikanlagen und sanierte Straßen. Kurz gesagt: Die Hilfspakete schaffen neue Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger“, so Riedl. Bei allen Sorgen und Problemen, die die

Pandemie gebracht hat, habe sie doch in manchen Bereichen das Leben ein Stück zum Positiven verändert. „Hätten wir vor der Krise ein politisches Programm zu Homeoffice und Co. diskutiert, wären wir im Jahr 2030 nicht dort angekommen, was wir nun in nur drei Wochen geschafft haben. Homeoffice ist gekommen, um zu bleiben und schafft damit auch neue Chancen und Perspektiven für Gemeinden im ländlichen Raum. Nun geht es darum, rasch den Glasfaserturbo zu zünden, um alle Regionen digital fit für die Zukunft zu machen“, stellte Riedl klar.

GEMEINDEN ALS PIONIERE DES FORTSCHRITTS

Das Motto des Gemeindetages lautet selbstbewusst „Unsere Gemeinden – Pioniere des Fortschritts“. Der Gemeindebund-Chef zeigte auf, dass viele Gemeinden in den letzten Jahrzehnten schon zahlreiche kleinere und größere Klimaschutzprojekte umgesetzt haben. Er verwies dabei auf die LED-Umstellung, den Photovoltaik-Ausbau, ökologische Grün-

“ DIE HILFSPAKETE SCHAFFEN NEUE LEBENSQUALITÄT FÜR UNSERE BÜRGERINNEN UND BÜRGER.

ALFRED RIEDL PRÄSIDENT DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES



NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl, Gemeindebund-Vizepräsident Rupert Dworak, Diözesanbischof Alois Schwarz, Finanzminister Gernot Blümel, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Staatssekretär Magnus Brunner, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, Bundesratspräsident Peter Raggl, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher und Innenminister Karl Nehammer.



FOTOS: © JCHRISTIANL

ganz oben: NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl begrüßte Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Mitte: Expertentalk zu Digitalisierung und Energiewende mit Kommalkredit-CEO Bernd Fislage, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Moderator Thomas Hofer, APG-Chef Gerhard Christner und NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl.

unten: Klimaschutzministerin Leonore Gewessler hatte am Tag der Eröffnung des Gemeindetages Geburtstag. Präsident Alfred Riedl gratulierte.

raumpflege oder auch E-Mobilität. „Wir haben uns schon für Klimaschutz und Nachhaltigkeit stark gemacht, als es noch keine Freitagsdemos gab. Daher brauchen wir uns auch nicht verstecken, sondern können mit erhobenem Haupt sagen: Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind in der DNA der Gemeinden fest verankert“, erklärte Riedl.

KURZ: „UNGEIMPFT ÜBERZEUGEN“

Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte den enormen Beitrag, den die Gemeinden zum Funktionieren des Staates leisten: „Unser Land kann sich auf die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister verlassen!“ Das sei in der Pandemie besonders deutlich geworden. „Mit der Unterstützung der Kommunen haben wir eine Testinfrastruktur auf die Beine gestellt, um die uns die ganze Welt beneidet“, so Kurz.

„Die Bundesregierung weiß, dass sie sich auf die Gemeinden verlassen kann. Und die Gemeinden sollen wissen, dass sie sich auf die Regierung verlassen können.“

An die 1.500 bei der Haupttagung anwesenden Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter appellierte er, sich dafür zu engagieren, dass sich möglichst viele Menschen impfen lassen. „Nutzen wir alle Gespräche, Ungeimpfte von den Vorteilen der Impfung zu überzeugen“, so Kurz. „Wir werden im Herbst eine ökosoziale Steuerreform auf den Weg bringen“, kündigte der Kanzler an. Die Bundesregierung sei sich aber bewusst, dass die Lebensrealitäten in Stadt und Land unterschiedlich sind und in vielen Regionen die Menschen auf das Auto angewiesen sind. „Wir werden daher alles dafür tun, dass die Ökologisierung nicht auf dem Rücken des ländlichen Raumes erfolgt“, versprach er. ■■■

STIMMEN AM GEMEINDETAG



FINANZMINISTER GERNOT BLÜMEL



Finanzminister Gernot Blümel gab den Gemeinden seine Lehren aus der Krise mit auf den Weg. „Mit ihren Investitionen vor Ort sichern unsere Gemeinden unzählige Arbeitsplätze in ganz Österreich. Sie sind Konjunkturmotoren, Arbeitgeber und somit unerlässliche Partner auf unserem Weg aus der Krise. Für uns war daher immer klar, dass wir die Gemeinden nicht im Stich lassen. Die vor einem Jahr gemeinsam ins Leben gerufene Gemeindemilliarde zur finanziellen Förderung kleiner und großer kommunaler Projekte hat sich als Förderinstrument bewährt“, so Blümel. Die Krise habe auch gezeigt, dass der Föderalismus sein Geld wert sei. „Wenn wir nicht die Strukturen in den Ländern hätten, wäre es nie möglich gewesen, eine Teststrategie auszurollen.“



INNENMINISTER KARL NEHAMMER



Innenminister Karl Nehammer betonte die gute Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Polizei in Fragen der Sicherheit. „Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt, aber die Polizei wäre nicht in der Lage, die vielen Herausforderungen alleine zu stemmen. Wichtig sei auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und den Bürgerinnen und Bürgern. „Sicherheit entsteht dann, wenn alle das gemeinsame Interesse haben, dass man sich zu Hause sicher fühlen kann“, so der Minister. Mit dem Projekt „Gemeinsam.Sicher“ soll der Austausch zwischen Polizei, Gemeinden und Bevölkerung intensiviert werden.



TOURISMUSMINISTERIN ELISABETH KÖSTINGER



Ministerin Elisabeth Köstinger legte den Fokus auf den ländlichen Raum. „Unsere Regionen und Gemeinden können ein Schlüssel für den Kampf gegen den Klimawandel sein“, meinte sie. Die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, vor allem in den ländlichen Regionen, leiste bereits jetzt einen entscheidenden Beitrag und werde auch in Zukunft Teil der Lösung sein.

Tourismus sei einer der Hauptfaktoren, wenn es um Arbeitsplätze in den Regionen und Gemeinden geht. Im Herbst startet Köstinger ihre Dialogtour durch die Bundesländer, um die vielen erfolgreichen Beispiele aus den Gemeinden zu sammeln. Zum Thema Bodenverbrauch betonte die Ministerin, dass es akuten Handlungsbedarf gebe, aber: „Ich verwehre mich dagegen, die Kompetenz der Widmung zentral in Wien anzusiedeln.“



VERTEIDIGUNGSMINISTERIN KLAUDIA TANNER



Verteidigungsministerin Claudia Tanner: „Nicht nur in der Pandemie, sondern auch bei den vielen Katastrophen um uns herum ist das Bundesheer immer wieder zur Stelle“, so Tanner und warnte vor der Gefahr eines Blackouts. „Die Experten sagen, dass es keine Frage ist, ob er kommt, sondern wann er kommt“, so Tanner. Und die Bürgermeister würden dann wieder einmal an vorderer Front stehen. „Daher müssen wir – die Sicherheitskräfte und die Gemeinden – uns jetzt vorbereiten.“



LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner dankte den Gemeinden und den Einsatzorganisationen für ihren Einsatz während der Pandemie. „Und ebenso danke ich der Bundesregierung für die Unterstützungsmaßnahmen, die helfen, die Auswirkungen der Krise gering zu halten.“ Beim Thema Gesundheitsvorsorge und Pflege forderte Mikl-Leitner mehr Tempo. „Was wir am dringendsten brauchen, sind Studienplätze für Medizin. Schon jetzt ein Danke im Voraus für die rasche Erledigung.“

DIE KOMMUNALMESSE IN BILDERN



Bundeskanzler Sebastian Kurz stellte sich bereitwillig für Fotos zur Verfügung. Hier mit dem Team aus St. Georgen am Ybbsfelde.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit den Ministerinnen Elisabeth Köstinger und Klaudia Tanner.

NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl führte den Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher durch die Messe.



Der Stand der NÖ Werbung war ein beliebter Treffpunkt für die Politprominenz.



Das gute Wetter brachte es mit sich, dass das Freigelände gut besucht war.

Das Einsatzkommando Cobra beeindruckte mit einer Vorführung.

BODEN

BÜRGERMEISTER WEHREN SICH GEGEN SCHULDZUWEISUNGEN

IM VORFELD DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES IN TULLN PRÄSENTIERTE DER GEMEINDEBUND SEINE POSITIONEN ZUM THEMA BODENVERBRAUCH.

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Diskussion zum Thema Raumordnung und Flächenwidmung in eine Richtung entwickelt, die aus kommunaler Sicht nicht verständlich ist.

Argumentiert wird, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister würden willkürlich Entscheidungen treffen, bzw. seien mit dieser Aufgabe überfordert. Vergessen wird dabei, dass es in allen Bundesländern Raumordnungsgesetze gibt, die einen klaren Rahmen vorgeben. Bei jeder Flächenwidmung entscheidet das Land mit.

„Die Gestaltung des Lebensumfeldes vor Ort im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist die ureigenste Aufgabe der Gemeinden. Somit war, ist und bleibt die Raumordnungs- und Flächenwidmungskompetenz hoheitliches Recht der Gemeinden!“, sagt NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl.

Bei einer Pressekonferenz im Vorfeld des Gemeindetages meinte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl: „Ich frage mich: Wer, wenn nicht die lokale Gemeinschaft soll entscheiden, wo und ob etwas gebaut werden soll? Fakt ist auch, dass die Raumordnungsabteilungen der Bundesländer jederzeit eingebunden werden und es ohne deren Zustimmung keine Flächenwidmung geben kann!“

DIE POSITIONEN DES GEMEINDEBUNDES

- **Die Raumordnungs- und Flächenwidmungskompetenz ist und bleibt hoheitliches Recht der Gemeinden.**
Im Rahmen der Selbstverwaltung besorgen die Gemeinden in enger Abstimmung mit den Raumordnungsabteilungen der Länder

auch weiterhin die Entwicklung des gemeinsamen Lebensraumes. Die Gemeinschaft und der Gemeinderat vor Ort haben auch in Zukunft – nach klaren gesetzlichen Vorgaben – die Entscheidungshoheit, wie und wo sich die Gemeinde weiterentwickeln soll.

- **Die Gemeinden bekennen sich dazu, mit Grund und Boden behutsam im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger umzugehen.**
Wenngleich immer wieder verschiedene Zahlen in den Medien kolportiert werden und die Rede davon ist, dass täglich mehr als 11,5 Hektar Fläche „zubetoniert werden“, ist allen Gemeinden bewusst, dass mit dem Grund und Boden behutsam umgegangen werden muss.
- **Der Gemeindebund fordert vom Landes- und Bundesgesetzgeber sinnvolle und geeignete Instrumente, um Brachflächen, Leerstände und ungenutztes Bauland zu mobilisieren.**
Anstatt strikte Obergrenzen zur Flächeninanspruchnahme in Gesetzen festzulegen, sollten den Gemeinden zunächst sinnvolle und geeignete Instrumente eines aktiven Flächenmanagements in die Hand gegeben werden (z. B. rechtssichere Vertragsraumordnung, Vorkaufsrechte für Gemeinden, eine Reform der Grundsteuer usw.)
- **Der Gemeindebund fordert den Bund auf, für ein einheitliches Datenmaterial im Zusammenhang mit dem Flächenverbrauch zu sorgen.**
Immer wieder kursieren unterschiedliche Zahlen und Daten bezüglich der täglich



☞ DIE GESTALTUNG DES LEBENSUMFELDDES VOR ORT IM INTERESSE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER IST DIE UREIGENSTE AUFGABE DER GEMEINDEN.



JOHANNES PRESSL
PRÄSIDENT DES
NÖ GEMEINDEBUNDES



Dass das Land bei jeder Flächenwidmung mitentscheidet, wird in der Diskussion oft vergessen.

„tatsächlich“ verbrauchten Flächen. So haben Medien kürzlich berichtet, dass im Flächenbundesland Oberösterreich täglich ein Hektar Boden verbraucht wird. Österreichweit sollen 11,5 Hektar täglich versiegelt werden. Für Verhandlungen und Beratungen,

wie etwa für die Österreichische Raumordnungskonferenz, muss es daher ein einheitliches und differenziertes (zum Beispiel: voll versiegelte Flächen, Gartenflächen, Parkflächen usw.) sowie von allen akzeptiertes Datenmaterial geben. ■■■

REFORM DER PFLEGE GEFORDERT

Eine weitere große Herausforderung für die Gemeinden ist die Pflegereform.

Die österreichischen Gemeinden sind wichtige Partner im Pflegesystem. Wir zahlen mehr als eine Milliarde Euro jährlich für die Pflege über Umlagen und direkte Finanzierungen, wie etwa für die Senioren- und Pflegeheime. Auch bei organisatorischen Fragen sind die Gemeinden täglich gefragt, vor allem als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahren wird diskutiert, jetzt muss endlich eine Lösung auf den Tisch“, erklärt Gemeindebund-Vizepräsident und NÖ GVV-Präsident Bürgermeister Rupert Dworak bei einer Pressekonferenz zum Gemeindetag in Tulln.

Aus Sicht des Gemeindebundes braucht es die Reformen besonders in den Bereichen steigender Personalbedarf, Attraktivierung des Pflegeberufes, Bürokratieabbau, bessere soziale Absicherung und Entlastung für pflegende Angehörige und finanzielle Absicherung des Systems.

HANDLUNGSBEDARF BEI BREITBAND

NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl ging bei der Pressekonferenz auf ein weiteres drängendes Thema der Gemeinden ein, die Digitalisierung.

„Die Corona-Pandemie hat die Probleme und Lücken im Breitbandnetz schonungslos aufgezeigt. Spätestens jetzt ist auch allen politischen Akteuren klar geworden, dass Handlungsbedarf besteht. Der Bund ist jetzt endlich unserer jahrelangen Forderung nach einem flächendeckenden Netz auch in den ländlichen Regionen nachgekommen. 1,4 Milliarden Euro sollen ab Anfang 2022 dafür fließen. Das muss jetzt unbürokratisch und einfach gehen, damit wir auch wirklich den Glasfaserturbo in den Gemeinden zünden können“, forderte Pressl. Und auch bei der digitalen Verwaltung sieht er noch Handlungsbedarf. „Der Grüne Pass hat zwar die Anträge zur Handy-Signatur auf aktuell 2,6 Millionen deutlich steigen lassen, aber die Handysignatur braucht zukünftig jeder Bürger, damit wir auch auf kommunaler Ebene Amtswege digital entwickeln und anbieten können“, so Pressl.

📱 **DIE HANDY-SIGNATUR BRAUCHT ZUKÜNFTIG JEDER BÜRGER, DAMIT WIR AUCH AUF KOMMUNALER EBENE AMTSWEGE DIGITAL ENTWICKELN UND ANBIETEN KÖNNEN.**



JOHANNES PRESSL



VOLLVERSAMMLUNG

VP-Klubobmann Klaus Schneeberger, Gmünds Bürgermeisterin Helga Rosenmayer, Bürgermeister Werner Krammer (Waidhofen/Ybbs) und Kottingbrunns Bürgermeister Christian Macho.

KRAMMER HÖCHSTER VP-VERTRETER IM NÖ STÄDTEBUND

BEI DER NEUWAHL DES PRÄSIDIUMS DER NÖ-LANDESGRUPPE DES STÄDTEBUNDES WURDE BÜRGERMEISTER WERNER KRAMMER ZUM NEUEN VORSITZENDENSTELLVERTRETER GEWÄHLT. NEU IM PRÄSIDIUM SIND BÜRGERMEISTERIN HELGA ROSENMAYER UND BÜRGERMEISTER CHRISTIAN MACHO.

Bei der Vollversammlung der Landesgruppe des NÖ Städtebundes erfolgte am 9. September die Neuwahl des Präsidiums. Werner Krammer, Bürgermeister von Waidhofen an der Ybbs, folgt dem Abgeordneten zum Nationalrat Bürgermeister Hans Stefan Hintner als Vorsitzenderstellvertreter nach. „Mit Werner Krammer stellt die ÖVP-Fraktion als Vorsitzendenstellvertreter eine Persönlichkeit, die nicht nur als Bürgermeister der Statutarstadt Waidhofen/Ybbs erfolgreich und umsichtig agiert, sondern auch mit Erfahrung und vor allem Kompetenz die Anliegen der ÖVP geführten Städte in den NÖ Städtebund einbringen wird“, so VP-Klubobmann Schneeberger. „Ich bedanke mich für das Vertrauen der Delegierten und freue mich künftig die Interessen der Städte in Niederösterreich vertreten zu dürfen. Denn die Städte sind wichtige Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und

tragen so maßgeblich zur hohen Lebensqualität in Niederösterreich bei“, so Bürgermeister Werner Krammer.

Mit Gmünds Bürgermeisterin Helga Rosenmayer und Kottingbrunns Bürgermeister Christian Macho ist die ÖVP-Fraktion mit zwei neuen Gesichtern im Präsidium der NÖ-Landesgruppe des Städtebundes vertreten. „Ich wünsche beiden viel Erfolg und bedanke mich bei den beiden ausscheidenden Mitgliedern Abg. z. NR. Bürgermeister Hans Stefan Hintner und LAbg. Bürgermeister René Lobner für ihren Einsatz in der Landesgruppe in den vergangenen Jahren“, so Schneeberger. Die NÖ-Landesgruppe des Städtebundes umfasst neben der Landeshauptstadt St. Pölten 94 Mitgliedsgemeinden. Gemäß der Satzung ist der Bürgermeister der Landeshauptstadt, Matthias Stadler, Vorsitzender der Landesgruppe. ■■■

“ DIE STÄDTE SIND WICHTIGE DIENSTLEISTER FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER.

WERNER KRAMMER
BÜRGERMEISTER VON
WAIDHOFEN/YBBS

bmi.gv.at

Gemeinsam gegen Dämmerungseinbrüche!
Speziell in den Herbst- und Wintermonaten ist Ihre Mithilfe gefragt.

So helfen Sie mit:



Schließen und versperren Sie Fenster und Türen.



Verwenden Sie Zeitschaltuhren für Innen- und Außenbeleuchtung.



Eine gute Nachbarschaft und gegenseitige Hilfe können Einbrüche verhindern.



Vermeiden Sie die Ansammlung von Zeitungen und Postwurfsendungen, wenn Sie auf Urlaub sind.



Halten Sie Augen und Ohren offen. Melden Sie Verdächtiges sofort unter 133!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

 **Bundesministerium**
Inneres

POLIZEI
KRIMINALPRÄVENTION

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Homepage der Kriminalprävention des Bundeskriminalamtes unter www.bundeskriminalamt.at, unter der Telefonnummer 059 133-0 und natürlich in jeder Polizeiinspektion.

BEZIRKSTREFFEN

MIT GANZER KRAFT FÜR DIE

NÖ GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT JOHANNES PRESSL IST IN DEN BEZIRKEN UNTERWEGS. VON BERNHARD STEINBÖCK

„Ich möchte mit euch in Zukunft noch direkter und noch schneller in Verbindung treten und dazu auch die sozialen Medien stärker nutzen“, hat NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl in seinen Bezirksrunden angekündigt. Bei seinen Stationen in Wirtshäusern, bei Heurigen und in Veranstaltungslokalen war er in den vergangenen Wochen in Niederösterreichs Bezirken unterwegs und lernte dabei die Kolleginnen und Kollegen nicht nur näher kennen, sondern diskutierte mit ihnen auch seine Vorhaben und die Herausforderungen, die die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Gemeinden sehen. Folgen des Klimawandels in den Gemeinden, die Digitalisierung & Breitband, Fragen zur Raumordnung, aber auch zahlreiche weitere lokale und emotionale Herausforderungen standen jeweils auf der Tagesordnung der stets gut besuchten Gesprächsrunden. ■■■

oben: Für das Erstgespräch mit dem Bezirk Wr. Neustadt hatte BO Michael Nistl seinen Präsidenten Johannes Pressl in seine Heimatgemeinde Katzelsdorf eingeladen. Pressl strich vor allem die Intensität und inhaltliche Breite bei den Diskussionen hervor.

Mitte: Bei seiner Bezirkstour in Gmünd besuchte Präsident Pressl mit BO Margit Göll die Firma KPPConsulting in Schrems – ein tolles Beispiel einer motivierenden Unternehmenskultur, das zeigt, wie Unternehmenserfolg eine ganze Region stärkt. Der Abend ging schließlich mit einem gemeinsamen Gespräch mit den Bürgermeistern des Bezirks im Gmünder Restaurant Stern zu Ende.

unten: Über dreieinhalb Stunden wurde bei Neunkirchens Bezirksobfrau Michaela Walla intensiv diskutiert – vor allem die brennenden Themen „Glasfaserausbau“, „Stützkräfte in den Kindergärten“, oder auch „Leerstandsentwicklung“. Aber auch die regionale Leitplanung und die Raumordnung standen an diesem Abend im Mittelpunkt.



BLOG MEINE GEMEINDE

Über die Arbeit im NÖ Gemeindebund schreibt der Präsident regelmäßig auch einen Blog.

Unter

WWW.MEINEGEMEINDE.BLOG

kann man diesem folgen.

© NÖ GEMEINDEBUND

GEMEINDEN



Im historischen Weinort Weißenkirchen tagten die Bürgermeister aus dem Bezirk Krems. Beim Heuriger Ferdl Denk bedankte sich Präsident Pressl bei Bezirksobmann Roman Janacek für den historisch beeindruckenden Rahmen und eine intensive Diskussion mit den Kremser Bürgermeistern.



In der idyllischen Kellergasse von Prellenkirchen wurden beim Bezirksbesuch von Bruck an der Leitha über die Zukunftsthemen gesprochen – von den schnellen Breitbandnetzen über die Energiewende bis zur Raumordnung. Große Fragen, die uns in den NÖ Gemeinden schon jetzt und in Zukunft noch viel mehr beschäftigen werden.



Ganz in Manier des Mödlinger Bezirksobmannes Ferdinand Köck erlebte Präsident Pressl im Gumpldskirchner Gasthof Keller einen sowohl inhaltlich erfüllenden als auch gemütlich ausdauernden Abend, der nach einem ausgiebigen Buffett in Einzelgesprächen gipfelte.

Kommunale Ladelösungen für E-Fahrzeuge

EVN

E-Mobilität ist weiterhin stark im Kommen. Mit attraktiven Ladelösungen können Gemeinden ihren Standort aufwerten und ein sichtbares Zeichen für umweltschonende Mobilität setzen. Öffentlich zugängliche Ladestationen für E-Fahrzeuge sind nicht nur ein attraktives Extra für die eigenen Bürgerinnen und Bürger, sie ziehen auch zusätzliche Gäste und Touristen in den Ort. Und wer für die Ladezeit noch interessante Einkaufs- oder Freizeitmöglichkeiten bieten kann, hat die Nase doppelt vorne.

Einfache Umsetzung mit dem EVN Komplettpaket

Mit individuell gestaltbaren Komplettpaketen macht das E-Mobilitätsteam der EVN Niederösterreichs Gemeinden den Einstieg in die E-Mobilität ganz einfach. Hier kommt alles aus einer Hand: von Beratung, Planung und Errichtung über den Betrieb inkl. Wartung bis zur Abrechnung der Ladevorgänge. In Abstimmung mit den Gemeindeverantwortlichen werden geeignete Standorte evaluiert. Synergien zu Einkaufsangeboten, der örtlichen Gastronomie und Sehenswürdigkeiten werden berücksichtigt.

Einbindung in Österreichs größtes Ladenetz

Damit die neue Ladestation von E-Mobilisten leicht gefunden wird, bindet die EVN diese in die kostenlos erhältliche EVN App „Autoladen 2.0“ ebenso wie in anderen Ladestationsfindern ein. So wird sie Teil des größten flächendeckenden Ladenetzes Österreichs, das laufend erweitert wird.

Betrieb, Wartung und Störungsdienst

Besonders einfach gestaltet sich der laufende Betrieb für die Gemeinde. Die EVN kümmert sich nicht nur darum, dass die Ladeinfrastruktur problemlos läuft, sondern übernimmt optional auch alle Pflichten und die Verantwortung des Anlagenbetreibers. Auf Wunsch führt die EVN auch die gesamte Abrechnung und Zahlungsabwicklung von Ladungen durch.

Mehr Informationen

unter www.evn.at/Gemeinden und gehen Sie einfach auf den Reiter „Energie Dienstleistungen“.



Tipp:
2021 stehen
41 Mio. Euro für
Elektromobilitäts-
förderungen zur
Verfügung



STEUERREFORM

STEUERREFORM

MEHR GELD FÜR LÄNDLICHE BEVÖLKERUNG

DIE BUNDESREGIERUNG HAT ENTLASTUNGSMASSNAHMEN IN HÖHE VON INSGESAMT 18 MILLIARDEN EURO VORGESTELLT. EINSTIEG IN CO₂-BEPREISUNG MIT 30 EURO PRO TONNE.

CO₂ wird ab 1.7.2022 besteuert, schrittweise ab Mitte 2022 werden die Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer gesenkt, der Familienbonus wird auf 2000 Euro pro Kind erhöht und ein Klimabonus eingeführt – das sind einige der Eckpunkte der ökosozialen Steuerreform 2022, die am 3. Oktober von der Regierung vorgestellt und als „größte Entlastung der Zweiten Republik“ beschrieben wurde.

Die präsentierten Pläne sollen eine Entlastung von 18 Milliarden Euro in den Jahren 2022 bis 2025 bringen.

REGIONALER KLIMABONUS

„Die Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land sind unterschiedlich. Deshalb haben wir den Klimabonus regional abgestuft“, verkündete Bundeskanzler Sebastian Kurz. Ab 2022 soll es als Rückvergütungsmaßnahme (etwa für höhere Spritpreise bedingt durch die CO₂-Bepreisung) je erwachsener Person 100 bis 200 Euro pro Jahr (Unter-18-Jährige 50 Prozent davon) einen regionalen Klimabonus geben. 100 Euro solle jeder, der in der Stadt lebt, jährlich erhalten. 200 Euro sind es für jene, die am Land leben. „Das ist aus unserer Sicht eine gerechte Unterstützung all jener im ländlichen Raum, die auf das Auto angewiesen sind“, so der ÖVP-Chef.

Für urbane Zentren mit höchstrangiger Öffi-Erschließung sind 100 Euro vorgesehen, dazu zählen etwa alle Landeshauptstädte. Für

urbane Zentren mit guter Öffi-Erschließung werden 133 Euro jährlich locker gemacht. Jene Menschen, die in Zentren mit Basiserschließung leben, bekommen 167 Euro. Die Bewohner in ländlichen Gemeinden erhalten 200 Euro. Personen unter 18 Jahre kommen zu 50 Prozent in den Genuss des Klimabonus‘.

„Wir haben die Statistik Austria ersucht, uns eine Typologie zusammenzustellen, die den Urbanisierungsgrad und die Anbindung an den Öffentlichen Verkehr abbildet, um daraus die verschiedenen Stufen zu erkennen. Klar ist, dass wenn man in einer Großstadt wie Wien wohnt, es leichter ist, klimafreundliches Verhalten an den Tag zu legen, als bei jemandem, der im Südburgenland oder im Waldviertel täglich auf das Auto angewiesen ist, um unter anderem zur Arbeit zu kommen“, erklärte dazu Finanzminister Gernot Blümel in einem Interview.

Die genannten Auszahlungsstufen des Klimabonus sollen erstmal für 2022 gelten, danach sollen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung noch einmal „oben drauf“ gelegt werden. Die Ausschüttungen sollen also bis mindestens 2025 steigen.

Nähere Details – etwa wie sich die Bundesregierung die Gegenfinanzierung vorstellt und welche Auswirkungen diese Steuerreform auf die Ertragsanteile der Gemeinden haben wird – waren zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Die NÖ Gemeinde wird weiter berichten. ■■■



“DIE LEBENSBEDINGUNGEN ZWISCHEN STADT UND LAND SIND UNTERSCHIEDLICH. DESHALB HABEN WIR DEN KLIMABONUS REGIONAL ABGESTUFT.



SEBASTIAN KURZ
BUNDESKANZLER

■ VERKEHRSSICHERHEIT

EIN SCHULBUS, DER **ZU FUSS GEHT**

IN PFAFFSTÄTTEN STARTETE DAS PROJEKT „SCHULGEBBUS“.

Beim „SchulGehBus“ in Pfaffstätten organisiert sich eine Gruppe von Kindern mit oder ohne Erwachsenen zu einer Art „Autobus auf Füßen“ und geht gemeinsam zum Unterricht. An verabredeten Orten, auf einer bestimmten Wegstrecke, kommen andere Schülerinnen und Schüler hinzu – sie steigen also wie an einer Bushaltestelle in den Bus mit ein.

„SchulGehBus statt Elterntaxi hilft nicht nur dabei, die Umwelt zu schonen, sondern sorgt auch für mehr Sicherheit am Schulweg. Denn je weniger Autos vor den Schulen unterwegs sind, desto weniger Gefahrenpotenzial besteht. Gleichzeitig sorgt die Bewegung für mehr Fitness und bessere schulische Leistungen“, erläutert Landesrat Ludwig Schleritzko. Die ersten Schulwochen dienten dazu, die Routen des SchulGehBusses gemeinsam mit Eltern



NÖREGIONAL

Elternvereins-Obfrau Meike Samland, Schulausschussobmann Rainer Anhammer, Landesrat Ludwig Schleritzko, NÖ.Regional-Geschäftsführer Walter Kirchler, Wibke Strahl-Naderer (NÖ.Regional), Bürgermeister Christoph Kainz, Volksschul-Direktorin Andrea Märzweiler, GGR Hermann Fuhrmann und Kinder der VS Pfaffstätten.

und Kindern festzulegen. Unterstützt bei der Umsetzung wird die Marktgemeinde dabei vom Mobilitätsmanagement Industrieviertel der NÖ.Regional. Über den Sommer hat Pfaffstätten noch mehr Maßnahmen gesetzt, um den Problemen des Hol- und Bringverkehrs zur Volksschule und dem damit verbundenen Gefahrenpotenzialen zu

begegnen. Über die Sommermonate wurde der Schulvorplatz auf Initiative der Marktgemeinde mit einem Pollersystem (inkl. Straßenniveau-Anhebung) ausgestattet und für den Autoverkehr abgesperrt. Damit wurde das Schulumfeld zur autofreien Zone erklärt und mehr Sicherheit am Schulweg geschaffen. ■■■

Entgeltliche Einschaltung der „Tut gut!“ Gesundheitsvorsorge GmbH

AUGEN ZU!



Was sehen Sie, wenn Sie Ihre Augen schließen?

Urlaubserinnerung, Wohlfühlmoment oder Kraftplatz? Laden Sie Ihre Batterien wieder auf, steigern Sie Ihre Widerstandsfähigkeit und genießen Sie entspannende Momente. **Nicht nur, bevor Sie weiterlesen. Am besten täglich.**

  [gesund.leben.tut.gut](https://www.gesund.leben.tut.gut)

 [noetutgut.at/mentalfit](https://www.noetutgut.at/mentalfit)

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

IST DIE ENERGIEWENDE MACHBAR?

DAS LANGFRISTIG WICHTIGSTE THEMA DER MENSCHHEIT STAND IM MITTELPUNKT DER KOMMUNALEN SOMMERGESPRÄCHE IN BAD AUSSEE.

Kein Thema wird die kommenden Jahrzehnte so sehr prägen wie die Energiewende. Der Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung ist das erklärte globale Ziel. Aber wie realistisch ist es, den Treibhausgasausstoß EU-weit bis 2030 um 50 bis 55 Prozent zu reduzieren und bis 2040 bzw. 2050 klimaneutral zu werden? Was braucht es und wie weit kann es wie schnell gehen? Wer zahlt den enormen Kraftakt? Darüber wurde bei den Kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee diskutiert. Am Ende stand die Überzeugung „Die Energiewende ist schaffbar, aber nur mit den Gemeinden.“

SNITTSTELLE ZWISCHEN GEMEINDEN UND ANDEREN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

So betonte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler in ihrem Impulsvortrag, dass die Gemeinden beim Klimaschutz eine wichtige Rolle einnehmen. Gewessler: „Mir ist bewusst: Viele Gemeinden sind schon weiter als der Bund. Ob PV-Anlagen oder Nahwärme, nachhaltige Investitionen gehören schon seit Jahren zum Alltag in den Gemeinden.“ Gewessler will eine Schnittstelle zwischen Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften einrichten, um die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

KLIMASCHUTZ BRAUCHT INVESTITIONEN

WIFO-Chef und Fiskalratspräsident Christoph Badelt ging auf den Zusammenhang zwischen Klimapolitik und öffentlichen Haushalten ein. Einmal mehr appellierte er an die Politik, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger: „Der Klimawandel ist die größte Problematik, der sich die moderne Gesellschaft stellen muss.“ Tatsache sei, so Badelt, dass es künftig einen

sehr hohen Investitionsbedarf geben wird, der auch die öffentliche Hand nicht unberührt lässt. Und er appelliert eindringlich an die Politik, weniger die schlechte Nachricht, als vielmehr die Chance daraus zu sehen, die österreichische Wirtschaft umzubauen. Er ermahnte die Politik, harte Prioritätenentscheidungen treffen zu müssen. Und dabei werde die Klimapolitik eine große Rolle spielen müssen.

KLIMAWANDEL IST VOM MENSCHEN GEMACHT

Der ORF-Meteorologe und Klimabotschafter Marcus Wadsak nutzte die Gelegenheit, die Zuhörerinnen und Zuhörer mit erschreckenden Fakten zum Klimawandel und dessen immer spürbarer werdenden Folgen wachzurütteln. Wadsak zeigte langjährige Klimaentwicklungen anhand von Statistiken auf und verdeutlichte, dass die enorme Klimaerwärmung der letzten Jahre menschengemacht ist. In Bezug auf die Politik betonte Wadsak die Dringlichkeit, rasch zu handeln und Emissionen zu reduzieren. Den Gemeinden sprach er seinen Dank für die bereits gesetzten Maßnahmen zum Klimaschutz aus und forderte sie dazu auf, den Menschen in den Gemeinden die deutlichen Vorteile von Klimaschutz aufzuzeigen und sie bei allen Entscheidungen aktiv mitzunehmen.

ENERGIEUNABHÄNGIGKEIT ÖSTERREICHS SICHERN

Staatssekretär Magnus Brunner nannte in seinem Referat über die Stärkung des heimischen Energiemarkts drei wesentliche Punkte in der Bewältigung der Klimakrise: Investition, Innovation und Zusammenarbeit. Denn, so Brunner: „Wir schaffen es nur, wenn alle mitmachen und mitmachen können.“ Kernthema der Bundesregierung sei die heimi-



FOTOS: © SCHÜLLER



„WIR BRAUCHEN KLIMASCHUTZ, ABER WIR MÜSSEN AUCH SCHAUEN, WIE ES DEN LEUTEN GEHT, DIE AUF DAS AUTO ANGEWIESEN SIND.“



MARGARETE SCHRAMBÖCK
BUNDESMINISTERIN FÜR
DIGITALISIERUNG UND
WIRTSCHAFTSSTANDORT



Verbund-Chef Michael Strugl, ORF-Meteorologe Marcus Wadsak, Kommunalkredit-CEO Bernd Fislage, Ministerin Leonore Gewessler, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Staatssekretär Magnus Brunner und der Bürgermeister von Bad Aussee, Franz Frosch, bei der Eröffnung der Kommunalen Sommergespräche.



EU-Kommissar Johannes Hahn und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

sche Energieunabhängigkeit. Dafür seien Investitionen in die heimische Energieproduktion, die Forcierung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes, die Gründung erneuerbarer Energiegemeinschaften und ein Bürokratieabbau notwendig.

GEMEINDEN WAREN IMMER SCHON VORREITER BEIM KLIMASCHUTZ

Gastgeber Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, beleuchtete die Rolle der Gemeinden als Pioniere des Fortschritts. Als Beispiel nannte er innovative Ideen aus Gemeinden – etwa ihre Bürgerinnen und Bürger beim Bau von PV-Anlagen zu beteiligen, um diese mitzunehmen.

Riedl appellierte an die Politik in Bund und Land bei Genehmigungsverfahren schneller zu werden. Allzu oft würden Sachverständige wichtige Projekte unnötig blockieren und damit auch Geld verschwenden.

Zum Thema Raumordnung fand der Gemeindebund-Chef klare Worte: „Raumordnung den lokalen Einheiten wegzunehmen, halte ich gesellschaftspolitisch für einen Wahnsinn.“ Die lokale Gemeinschaft solle entscheiden, wie sich ihr Zuhause weiterentwickelt.

KLIMASCHUTZ DURCH ANREIZE

Digitalisierungs- und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck warf den Fokus auf das große Potential der Umstellung auf Erneuerbare Energie für die heimischen Betriebe. Durch hauseigene Photovoltaik-Anlagen auf betrieblichen Flächen und Ladestationen für E-Fahrzeuge könnten Unternehmen Stromkosten

sparen und sich aktiv am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen.

Schramböck betonte, dass sie nicht für einen Klimaschutz durch Verbote, sondern durch Anreize ist. „Wir brauchen Klimaschutz, aber wir müssen auch schauen, wie es den Leuten geht, die auf das Auto angewiesen sind“, mahnte sie. Um allen Perspektiven Raum zu geben, will die Ministerin, dass die Ausarbeitung der „Strategie 2040“ für den Wirtschaftsstandort Österreich ein partizipativer Prozess wird.

DIE WICHTIGE ROLLE DER EU

Österreichs EU-Kommissar Johannes Hahn referierte über die Klimaschutzaktivitäten der Europäischen Union. Die EU habe beschlossen, bis 2050 keine Treibhausgase mehr auszustoßen und diese bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren, berichtete Hahn. Mit dem Europäischen „Green Deal“ werde eine Billion Euro mobilisiert, wobei mit einem Klimasozialfonds auch sozial Schwache unterstützt werden.

Ein wesentlicher Aspekt sei auch die Sanierung der Gebäude in Europa, so Hahn: 70 Prozent des gegenwärtigen Gebäudebestandes in Europa sind nicht thermisch saniert. Die EU hat im neuen EU-Budget 2021 bis 2027 vorgesehen, dass 30 Prozent aller Ausgaben in klimarelevante Projekte fließen müssen.

Auch mit dem Wiederaufbauplan der EU nach der COVID-Krise werden Schwerpunkte für grüne Investitionen gesetzt. Österreich sei hier Vorreiter, weil 58,7 Prozent der Mittel des Aufbaufonds in grüne Projekte fließen, so der EU-Kommissar. ■■■



ORF-Meteorologe und Klimabotschafter Marcus Wadsak forderte die Gemeinden auf, den Menschen die Vorteile von Klimaschutz aufzuzeigen und sie bei allen Entscheidungen aktiv mitzunehmen.

ORTSBILDVERSCHÖNERUNG

DIE SCHÖNSTEN BLUMENGEMEINDEN DES LANDES

DIE SIEGER DES BLUMENSCHMUCKWETTBEWERBES „BLÜHENDES NIEDERÖSTERREICH“.

Trabersdorf im Bezirk Waidhofen an der Thaya, Hollenstein an der Ybbs im Bezirk Amstetten, Kirchberg an der Pielach im Bezirk St. Pölten Land und Wieselburg im Bezirk Scheibbs sind die diesjährigen Sieger des Blumenschmuckwettbewerbes „Blühendes Niederösterreich“.

„Ich bin immer wieder begeistert von unseren blühenden Ortschaften, die für das Engagement und das Miteinander stehen. Diese Schönheit ist vor allem auch eine Visitenkarte für Land und Leute sowie für den Tourismus, den wir in der Phase des Aufschwungs besonders stärken und fördern wollen“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei der Preisverleihung. Diese Initiative unterstreiche die Wichtigkeit der Gemeinden als Botschafter des Landes.

Bereits zum 53. Mal gab der Wettbe-



WKNÖ-Vizepräsident Christian Moser und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit den Vertretern der Sieggemeinden Trabersdorf, Hollenstein, Kirchberg an der Pielach, Wieselburg und Lorenz Mayr, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich.

werb „Blühendes Niederösterreich“ den Anstoß, Ortschaften und Städte mit Blumenschmuck zu verschönern. 2021 nahmen 73 Gemeinden teil.

Erstmals wurde heuer von der Landwirtschaftskammer Niederösterreich ein Biodiversitätspreis vergeben, den die Marktgemeinden Perchtoldsdorf und Thaya sowie die Stadt Amstetten

verliehen bekamen. Perchtoldsdorf überzeugte die Fachjury mit einem Insekten-Highway. Amstetten punktete mit ökologischen Pflegemaßnahmen und der fachkundigen Betreuung einer Ökologin. Thaya vereinte mit Biodiversitätsmaßnahmen gleich ganze Generationen und sorgte mit Totholzflächen, einem Insektenhotel usw. für Bewusstseinsbildung. ■■■

WOHNEN

UMFRAGE BESTÄTIGT WUNSCH NACH EIGENTUM

„MIETE MIT KAUFOPTION“ IST GEFRAGTESTE VARIANTE.

Das Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen hat bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern nachgefragt, welche Wohnmodelle für die Gemeinden am wichtigsten sind. Das Ergebnis: Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Niederösterreichs setzen auf Eigentum. 72 Prozent der Gemeindechefs geben an, dass in ihrer Gemeinde „Miete mit Kaufoption“ die gefragteste Wohnvariante ist. „Bei Genossenschaftsbauten gibt es deshalb schon nach fünf – statt zehn – Jahren die Möglichkeit, die Wohnung zu kaufen. Das haben wir im Rahmen der blau-gelben Wohnbaustrategie für unsere Landsleute ermöglicht“, erläutert Landesrat Martin Eichtinger. Das Ergebnis der Umfrage stellt der Kooperation zwischen Land, Gemeinde und Gemeinnützigen



„Junges Wohnen“ ist besonders gefragt.

Wohnbauträgern (GBV) ein überzeugendes Ergebnis aus: 80 Prozent der Gemeinden loben die Kooperation zwischen Land, Sozialeinrichtungen der Gemeinden und den Wohnbauträgern: „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinnützigen Bauträgern und sehe darin noch viel

Spielraum für nachhaltiges Entwickeln von Ortskernen und der Mehrfachnutzung von Flächen“, sagt NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl. Mehr Projekte wünschen sich die Bürgermeister für „Junges Wohnen“, im Schnitt ist der Bedarf pro Gemeinde mit 35 Wohnungen angegeben. ■■■

■ VP NIEDERÖSTERREICH

ALLES FÜR ARBEIT UND AUFSCHWUNG IN NÖ

DIE ARBEITSKLAUSUR DES VPNÖ-SPITZENTEAMS.

Heuer und im kommenden Jahr wird für NÖ ein Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent prognostiziert, der stärkste Aufschwung seit 14 Jahren. Trotz Krise wurden im Vorjahr 6.300 Unternehmen gegründet, um 3,5 Prozent mehr als 2019. Im ersten Halbjahr wurden 3.850 Unternehmen gegründet, so viele wie überhaupt noch nie in einem Halbjahr. Heute zählt Niederösterreich um rund 1.500 bzw. 3 Prozent weniger Arbeitslose als im Jahr 2019 vor der Krise. Dieser Aufschwung ist einmalig. „Klar ist, dass auch in den kommenden Monaten unser wichtigstes Anliegen lautet: Alles für Arbeit und Aufschwung in NÖ“, so die Landeshauptfrau.

INITIATIVE „SCIENCE-TO-BUSINESS“

Um aus einem Wissensvorsprung Wirtschaftswachstum zu machen, wird die neue Science-to-Business-Initiative Niederösterreich gestartet. In den vergangenen 25 Jahren wurden die Wissenschafts- und Forschungsachsen kontinuierlich ausgebaut. Im Vorjahr wurden im Land 1.900 wissenschaftliche Arbeiten publiziert, zum Vergleich: Im Jahr 2000 waren es noch 300. Mit der neuen Science-to-Business-Initiative soll jetzt noch gezielter Studentinnen und Studenten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf ihrem Weg vom Durchbruch in der Wissenschaft zum Erfolg in der Realwirtschaft geholfen werden. Vom Talent zum Patent. Und vom Patent zum Produkt.

FACHKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN

In den vergangenen Wochen hat sich ein Problemfeld weiter verschärft, nämlich der Fachkräftemangel. „Mit dem Projekt ‚Job.Start‘ unterstützen wir seit Beginn des Jahres Unternehmen bei der Mitarbeitersuche und übernehmen für sechs Monate 50 Prozent der Lohn- und Lohnnebenkosten. Dieses Programm wird nun verlängert, erweitert und ausgebaut. Mit dem Projekt ‚Job.Start +‘ setzen wir einen zusätzlichen Fokus auf notwendige Zusatzqualifikationen“, so Landeshauptfrau Mikl-Leitner. ■■■

© VPNÖ
Das Spitzenteam der VPNÖ.

1.2.3. MOBILITÄTSPLAN BLAU-GELB FEIERT ERSTEN ETAPPENERFOLG



Die Verhandlungsteams aus NÖ, Wien und dem Burgenland mit Ministerin Gewessler.

Ab 25. Oktober können alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher das neue Regionsticket, oder auch das Metropolregionsticket für NÖ, Wien und das Burgenland kaufen und nutzen, um so billig wie noch nie von A nach B zu kommen. In Zukunft wird es also möglich sein, in ganz Niederösterreich und dem Burgenland um 550 Euro, in NÖ, Burgenland und Wien um 915 Euro und in ganz Österreich um 1.095 Euro unterwegs zu

sein. Der Öffentliche Verkehr wird für Pendlerinnen und Pendler damit um bis zu 61 % billiger. Für Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Mobilitätslandesrat Ludwig Schleritzko ist auch klar, dass der Preis alleine nicht entscheidend sein wird, ob Menschen vermehrt die Öffis nutzen werden. Der Fokus liegt dabei auf zwei weiteren Zielen in dem blau-gelben Mobilitätsplan: Nach billiger, soll jetzt auch besser und bequemer kommen!

WOHNEN

PILOTPROJEKT „REGIONALES E-CARSHARING“

IN KOOPERATION MIT DEM ÖAMTC FIEL FÜR DIE WETGRUPPE DER STARTSCHUSS FÜR DAS PILOTPROJEKT „REGIONALES E-CARSHARING“. DAMIT STEHT DEN BEWOHNERN EINER GEFÖRDERTEN WOHNHAUSANLAGE IN WIESELBURG EIN NACHHALTIGES MOBILITÄTSANGEBOT ZUR VERFÜGUNG.

Seit Ende September punktet die vom Land Niederösterreich geförderte Wohnhausanlage in der Furtgasse 10 in Wieselburg mit einem exklusiven Service: Alle Bewohner der Anlage haben – direkt vor der Haustür – die exklusive Möglichkeit, das E-Sharing-Fahrzeug VW ID.3 inklusive einer ÖAMTC ePower-Ladestation zu nutzen und damit klimafreundlich auf Österreichs Straßen zu rollen.

Diese nachhaltige und kostengünstige Initiative unter dem Titel „Regionales E-Carsharing“ ist der intensiven Zusammenarbeit zwischen der WETgruppe, dem größten gemeinnützigen Bauträger Niederösterreichs, und dem Mobilitätsclub ÖAMTC zu verdanken.

Mit dem Projekt, das im Rahmen der Kommunalmesse in Tulln vorgestellt wurde, wird eine Wohnhausanlage der WETgruppe erstmals mit einem modernen E-Carsharing-Angebot aufgewertet.

LADEN UND LOSFAHREN

Die Handhabung ist dabei ganz unkompliziert: Einfach die kostenlose ÖAMTC easy way App herunterladen, mit dem persönlichen Code registrieren, das Fahrzeug auswählen, den schlüssellosen Zugang nutzen und starten! Der Miettarif beträgt 35 Cent pro Minute; fürs Parken werden 15 Cent pro Minute verrechnet – damit sind die Kosten nicht nur marktkonform, sondern sogar besonders günstig. Plus: Das Auto steht den Bewohnern der Wohnhausanlage nicht nur exklusiv, sondern zusätzlich rund um die Uhr zur Verfügung und kann auch übers Wochenende geliehen werden – selbst, wenn Auslandsfahrten angedacht sind.

Das Aufladen des E-Autos ist für die Nutzer ortsunabhängig sowie kostenlos und im ÖAMTC ePower Lade- oder Partnernetz mit österreichweit mehr als 3.000 Ladepunkten

INFOS

WETgruppe

@office@wet.at

www.wet.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Das Projekt wurde auf der Kommunalmesse in Tulln vorgestellt.



Die Wohnhausanlage in der Furtgasse 10 in Wieselburg. Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Anlage haben die exklusive Möglichkeit, das E-Sharing-Fahrzeug VW ID.3 inklusive einer ÖAMTC ePower-Ladestation zu nutzen.

möglich. Abhängig vom Fahrstil oder der Verwendung von Heizung bzw. Klimaanlage bietet der VW ID.3 eine Reichweite von bis zu 360 km. Sämtliche Instandhaltungskosten wie z. B. die Servicierung oder der saisonal bedingte Reifenwechsel werden von der WETgruppe und dem ÖAMTC übernommen. Die Kunden zahlen ausschließlich für die Zeit, in der sie mit dem E-Auto unterwegs sind. Bonus: Dank der einmaligen App-Registrierung für das E-Auto ist es den Wieselburger Bewohnern beispielsweise in Wien möglich, auch die ÖAMTC easy way E-Mopeds zu nutzen. Somit steht ihnen ein weiteres Sharing-Produkt auf der Plattform zur Verfügung.

SIGNAL FÜR EINE KLIMAFREUNDLICHE ZUKUNFT

„Mit diesem Pilotprojekt setzen wir einen Schritt in die richtige Richtung“, sind das Vorstands-Duo Christian Rädler und Michael Kloibmüller überzeugt. „Der WETgruppe ist es besonders wichtig, mit dieser Initiative ein klares und kräftiges Signal für eine emissionsarme und damit klimafreundliche Zukunft zu setzen. Gemeinsam mit dem ÖAMTC wollen wir weitere Projekte dieser Art realisieren. Unser Fokus liegt somit in den nächsten Jahren auf nachhaltigen Mobilitätskonzepten und einer Umsetzung von E-Carsharing-Projekten bei allen Neubauten mit mehr als 36 Wohneinheiten.“ ■■■

■■■ UNSER FOKUS LIEGT AUF EINER UMSETZUNG VON E-CARSHARING-PROJEKTEN BEI ALLEN NEUBAUTEN MIT MEHR ALS 36 WOHN-EINHEITEN.



CHRISTIAN RÄDLER UND MICHAEL KLOIBMÜLLER MITGLIEDER DES VORSTANDS DER WETGRUPPE

WOHNEN

WAS KOSTEN DIE VERSCHIEDENEN HEIZFORMEN?

VERRECHNUNGSSYSTEME IM GROSSVOLUMIGEN WOHNBAU WURDEN IN EINER STUDIE ZUSAMMENGEFASST.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts wurden Kosten verschiedener Heizformen und Verrechnungssysteme im großvolumigen Wohnbau untersucht. Ziel war es, Planungsempfehlungen für Entscheidungsträger im großvolumigen Wohnbau zu erstellen, welche es ermöglichen, das bestehende und zukünftige Wohnungsangebot aufgrund effizienter Betriebskosten zu attraktiveren, während die Betriebskosten der Heizungstechnik klimagerecht optimiert werden. Aufgezeigt wurden insbesondere Best-Practice-Beispiele und Faktoren bei den einzelnen Energieformen, Schwankungen durch verschiedene Abrechnungsmethoden sowie weitere besonders nachteilige oder aufwändige Faktoren.

Die Ergebnisse waren durchaus überraschend, sollen eine Hilfestellung für

Ziel dieses Projekts war es, Planungsempfehlungen für Entscheidungsträger im großvolumigen Wohnbau zu erstellen



Bauträger und Betreiber von großvolumigem Wohnbau sein und sind in einer Broschüre zusammengefasst. Das Projekt wurde im Auftrag der Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft sowie der Abteilung Wohnungsförderung der NÖ Landesregierung von der Sonnenplatz Großschönau GmbH durchgeführt.



BROSCHÜRE

Die Broschüre kann heruntergeladen oder kostenlos bestellt werden.

☎ 02815/77270-19

@ m.binder@sonnenplatz.at

🌐 www.sonnenplatz.at/downloads

NEU: Top Preis für Opel Vivaro-e

NÖ Gemeinden können ab sofort über das Nachhaltige Beschaffungsservice NÖ den vollelektrischen Opel Vivaro-e (z.B. 9-Sitzer oder Doppelkabine) zu Top Konditionen abrufen!

**NACHHALTIGES
BESCHAFFUNGS
SERVICE**



**JETZT
informieren!**
[www.umweltgemeinde.at/
elektrofahrzeuge-einkaufen](http://www.umweltgemeinde.at/elektrofahrzeuge-einkaufen)

© Copyright 2021, Opel Austria



Eine Initiative der eNu.at



KOORDINATIONSSTELLE FÜR ENERGIEGEMEINSCHAFTEN

MIT DEM ERNEUERBAREN-AUSBAU-GESETZ WURDE DIE MÖGLICHKEIT GESCHAFFEN, ENERGIEGEMEINSCHAFTEN ZU GRÜNDEN UND SICH DAMIT AKTIV AN DER ENERGIEWENDE ZU BETEILIGEN. UM DIE UMSETZUNG RASCH VORANZUTREIBEN, WURDE NUN EINE KOORDINATIONSSTELLE FÜR ENERGIEGEMEINSCHAFTEN INS LEBEN GERUFEN.

Mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) wurden wichtige Vorgaben aus dem „Clean Energy for all Europeans Package“ der Europäischen Union in Österreich umgesetzt.

Erstmals werden Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften (EEG) und Bürgerenergiegemeinschaften (BEG) ermöglicht, bei denen sich mindestens zwei Partner zusammenschließen, die eigenerzeugte Energie verbrauchen, speichern und verkaufen dürfen. Dies können natürliche oder juristische Personen, Gemeinden oder kleine und mittlere Unternehmen sein. Damit steht einer dezentralen Energieversorgung nun nichts mehr im Weg.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Mit Energiegemeinschaften können alle Menschen in Österreich die Möglichkeit nutzen, Teil der Energiewende zu werden. Europaweit sind wir hier Vorreiter – wir ermöglichen es den Menschen, gemeinsam Erneuerbare Energie zu nutzen, zu produzieren, zu speichern und zu verkaufen. Damit läuten wir einen Paradigmenwechsel in der Energieversorgung ein. Denn damit steht einer dezentralen Energieversorgung nun nichts mehr im Weg.“

KOORDINATIONSSTELLE ALS SCHNITTSTELLE ZU STAKEHOLDERN

Die „Österreichische Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften“ bündelt die Aktivitäten und das Wissen zur Förderung von Energiegemeinschaften und arbeitet eng mit

den Energieagenturen und -instituten in den Bundesländern zusammen. Mit seriösen, unabhängigen und qualitätsgeprüften Informationen soll sie dazu beitragen, funktionierende Energiegemeinschaften so rasch wie möglich zu etablieren.

Die Koordinationsstelle steht in engem Austausch mit dem Klimaschutzministerium und der Regulierungsbehörde E-Control und versteht sich als Schnittstelle zu allen wesentlichen Stakeholdern wie bundesweiten Interessenvertretungen, innovativen Dienstleistern und der angewandten Forschung, sowie lokalen und regionalen Akteuren. So soll sichergestellt werden, dass die Ziele rasch und unter optimalem Einsatz von öffentlichen Mitteln erreicht werden.

Geleitet wird die Koordinationsstelle von Eva Dvorak. Sie war zuvor verantwortlich für den Bereich Erneuerbare Energien bei der Abteilung Energieplanung der Stadt Wien und in verschiedenen Beratungspositionen tätig, etwa für die Kommunalkredit Public Consulting.

BERATUNGSSTELLEN IN DEN BUNDESLÄNDERN

In den Bundesländern stehen für regionale Beratungen eigene Beratungsstellen zur Verfügung, die die Energiegemeinschaften vor Ort von der Planung bis zur Umsetzung unterstützen. In Niederösterreich ist das die Energie- und Umweltagentur (EnU).

www.energiegemeinschaften.gv.at



FÖRDERUNG

Mit dem Förderprogramm „Energiegemeinschaften“ wird der Aufbau erster Energiegemeinschaften und Bürgerenergiegemeinschaften in Österreich unterstützt und dadurch die Energiewende vorangetrieben. Unterstützt werden bewusst Projekte, die als Vorbild dienen. Das Programm ist dreistufig aufgebaut (Pionier-, Sondierungs- und Integrationsphase), Einreichungen für die erste Stufe (Pionierphase) sind bis 31.10.2021 (12 Uhr) möglich.

www.klimafonds.gv.at/call/energiegemeinschaften-2021

VERGABE

WIE KÖNNEN REGIONALE UNTERNEHMEN BEAUFTRAGT WERDEN?

UM AUCH KLEINEREN UNTERNEHMEN DIE MÖGLICHKEIT ZU GEBEN, SICH AN EINER AUSSCHREIBUNG ZU BETEILIGEN, HABEN GEMEINDEN MEHRERE OPTIONEN.

Eine Beauftragung regionaler Unternehmer führt dazu, dass die lokale Wirtschaft gestärkt wird, was vor allem im ländlichen Bereich zur Attraktivierung des Lebensraumes und zur Verhinderung der Landflucht beiträgt. Das Vergaberecht bietet den Gemeinden bei der Ausschreibung von Leistungen verschiedene Möglichkeiten, dass sich auch regionale und kleine Unternehmen am Wettbewerb um öffentliche Aufträge beteiligen können. Zulässige Möglichkeiten sind z. B.

- ▣ die Ausschreibung in Losen,
- ▣ die Wahl eines regionalfreundlichen Verfahrens,
- ▣ die Bereitstellung der Information zur Ausschreibung in lokalen Medien oder
- ▣ die Auswahl geeigneter Zuschlagskriterien (z. B. Bewertung der Reaktionszeit; Bewertung der Transportweite).

Stets beachtet werden muss, dass eine grundsätzliche Beschränkung des Teilnehmerkreises unzulässig ist (z. B. Ausschluss bestimmter Nationalitäten oder Produkte).

AUSSCHREIBUNG IN LOSEN ZUR FÖRDERUNG VON REGIONALEN KMU

Bei der Ausschreibung von Bauleistungen haben Gemeinden die Wahl, die Leistungen als Gesamtpaket an einen Generalunternehmer zu vergeben oder die Leistungen in kleinere Teile zu zerlegen (Gesamt- oder Losvergabe). Für regionale Unternehmer ist eine losweise Vergabe besser zugänglich.

Den Vorteil der Losvergabe für regionale Unternehmen zeigt folgendes Beispiel: Eine Gemeinde plant den Bau eines Kindergartens. Würde die Gemeinde GP-Leistungen ausschreiben, würde beispielsweise ein Tischler vor der Herausforderung stehen, wie er die geforderten Leistungen (Bauleistungen, Maler- oder Elektrikerarbeiten, etc.) erbringen kann. Die Teilnahme wäre für den Tischler schon aufgrund der fehlenden Kapazitäten und Gewerbeberechtigungen erschwert oder nicht möglich. Bei einer Loseilung muss der Tischler nicht alle Leistungen selbst erbringen, sondern kann ein Angebot im Los „Tischlerarbeiten“ legen. ■■

BUCHTIPP

Handbuch zur Regionalvergabe mit Praxisbeispielen der Wirtschaftskammer NÖ in Zusammenarbeit mit Schramm Öhler.

www.wko.at/site/Vergabe-N-/Handbuch_zur_Regionalvergabe.html



SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Ihre Projekte. In sicherer Hand.

ökologisch.

wirtschaftlich.

handeln.

Die Partner für kommunale Entscheidungsträger in Niederösterreich

schramm-oehler.at Schramm Öhler Rechtsanwälte
3100 St. Pölten, Herrngasse 3-5

WAS IST STEUERLICH DERZEIT ZU BEACHTEN?

AKTUELLE THEMEN, DIE FÜR GEMEINDEN UND IHRE AUSGEGLIEDERTEN GESELLSCHAFTEN VON INTERESSE SIND. VON URSULA STINGL-LÖSCH

VERANLAGUNG 2020 – ANSPRUCHSZINSEN

Für die Veranlagung 2020 der Einkommens- und Körperschaftsteuer besteht grundsätzlich ein zinsfreier Zeitraum bis zum 30.09.2021. Ab dem 1. Oktober werden in einem „normalen“ Jahr Anspruchszinsen für eine allfällige Gutschrift oder Nachzahlung aus der Einkommens- oder Körperschaftsteuer verrechnet. Die Höhe der Anspruchszinsen liegt derzeit bei 1,38 Prozent (Basiszinssatz der OeNB zzgl. 2 Prozent).

Zu beachten ist, dass Anspruchszinsen erst ab Erreichen eines Betrages von 50 Euro mit Bescheid festgesetzt werden.

Nunmehr wurde in § 323c Abs. 13 Z. 2 BAO folgende Ausnahmeregelung für das Jahr 2020 aufgenommen: Seitens der Finanzverwaltung ist von der Vorschreibung der Anspruchszinsen für das Veranlagungsjahr 2020 abzusehen.

FIRMENBUCH

Die Abgabe von Jahresabschlüssen für Kapitalgesellschaften im Sinne des § 221 UGB verlängert sich für Jahresabschlüsse mit Stichtag zum 31.12.2020 bis zum 31.12.2021. Ohne diese gesetzlich verankerte Verlängerung hätten die Jahresabschlüsse der gemeindenahen Gesellschaften bis zum 30.9.2021 an das zuständige Firmenbuchgericht übermittelt werden müssen.

UMSATZSTEUERSATZ 5 PROZENT BIS ZUM 31.12.2021

Bitte beachten Sie, dass nach derzeitigem Stand der begünstigte Steuersatz von 5 Prozent für u. a. Restaurationsumsätze mit 31.12.2021 ausläuft.

NEUE VERSANDHANDELSREGELUNG SEIT 1. JULI 2021

Seit 1.7.2021 gelten neue Spielregeln im EU-weiten Versandhandel. Durch das E-Commerce-Paket 2021 sind die bisherigen Versand-

handelsgrenzen und Erwerbsschwellen gefallen.

Im B2C-Bereich sind die Lieferanten nunmehr dazu verpflichtet, sich im Bestimmungsland steuerlich zu registrieren und die jeweilige Umsatzsteuer abzuführen. Vereinfachungen im Bereich der Abfuhr der Umsatzsteuer gibt es für die Unternehmer im Zuge des EU-One Stop-Shop.

REGISTRIERKASSE

Bitte beachten Sie, dass wie jedes Jahr mit 31.12 der Jahresbeleg für die Registrierkasse zu erstellen ist, damit die jährliche Meldung Anfang Jänner erfolgen kann. In diesem Bereich gibt es keine coronabedingten Ausnahmen. ■■■



© PATRICK DAXENBICHLER - STOCKADBE.COM

Bei der Erstellung des Jahresbelegs für Registrierkassen gibt es keine coronabedingten Ausnahmen.



MAG. URSULA STINGL-LÖSCH
STEUERBERATERIN BEI DER
NÖ GEMEINDEBERATUNG

STOLPERSTEIN BAURECHT?

VON JANINE EICHHORN

JUDIKATUR DES LANDESVERWALTUNGSGERICHTES NIEDERÖSTERREICH (NÖ LVWG)

VORSCHREIBUNG VON AUFLAGEN NUR BEI BEGÜNSTIGENDEN VERWALTUNGSAKTEN ZULÄSSIG

LVWG-AV-1288/001-2019, 23. JULI 2020

Mit erstinstanzlichem Bescheid erteilte der Bürgermeister der zuständigen Marktgemeinde dem Beschwerdeführer den baupolizeilichen Auftrag zum Abbruch von fünf auf einer von ihm gepachteten Teilfläche eines im Fremdeigentum stehenden Grundstückes, auf dem sich u. a. auch ein See befindet, befindlichen Bauwerken binnen acht Wochen ab Rechtskraft des Bescheides. Weiters wurden folgende zwei „Auflagen“ vorgeschrieben:

„1. Vor dem Beginn der Abbrucharbeiten sind vorhandene Strom-, Wasser- und Kanalschlüsse von dazu befugten Personen bzw. Unternehmern ordnungsgemäß abzuschließen und zu sichern.

2. Die erfolgte Durchführung der aufgetragenen Arbeiten ist der Baubehörde schriftlich gemäß § 16 NÖ BO 2014 innerhalb von vier Wochen ab Fertigstellung zu melden.“

Der Bürgermeister führte begründend aus, dass für die im Eigentum des Beschwerdeführers stehenden Bauwerke (Superädifikate) weder eine Baubewilligung noch eine Bauanzeige vorliegen würden. Dem Vorbringen des Beschwerdeführers betreffend eine eventuelle Umwidmung wurde entgegnet, dass sich der Auftrag an der aktuellen Widmung „Grünland-Grüngürtel-Uferbegleitgrün“ zu orientieren habe.

Der vom Beschwerdeführer dagegen erhobenen Berufung wurde mit dem Bescheid des Gemeindevorstandes der zuständigen Marktgemeinde keine Folge gegeben.

Gegen den zweitinstanzlichen Bescheid erhob der Beschwerdeführer Beschwerde an das NÖ LVWG. Dabei beantragte er die Aufhebung des angefochtenen Bescheides im Wesentlichen mit der Begründung, die im Bescheid genannten

Objekte seien nicht bewilligungspflichtig, und es bestehe auch kein öffentliches Interesse an deren Abbruch. In der Nachbarschaft des Badeteiches seien als Erholungsflächen für die Bevölkerung Kleingartenanlagen und Bauland-Sondergebiete geschaffen worden. Seit 20 Jahren seien an dem Teich Badehütten gebaut worden. Man habe den Pächtern zugesichert, dass sie Badehütten errichten dürften, wenn diese kein Fundament hätten. Die Gemeinde sei über die Errichtung der Badehütten immer informiert gewesen. Nachdem 33 Badehütten errichtet worden seien, habe die Gemeinde 2013 einen Baustopp verhängt und sich danach immer wieder dahingehend geäußert, dass die Situation „legalisiert“ werden solle. Eine „Legalisierung“ durch eine Widmung in Bauland-Sondergebiet oder Grünland-Kleingarten wäre möglich, doch die Gemeinde wolle dies offenbar nun nicht mehr. Bereits 2004 habe die Gemeinde mitgeteilt, dass die Widmung Bauland-Sondergebiet genehmigt werden könne, wenn seitens der Wasserrechtsbehörde für das gegenständliche Gewässer die Nutzung als Badeteich bewilligt werde. Die örtlich zuständige BH habe in weiterer Folge die wasserrechtliche Bewilligung für die Nutzung als Sportfischteich mit Badenutzung für einen eingeschränkten Personenkreis erteilt und sei davon ausgegangen, dass 35 Bauparzellen mit Wohnhäusern am See entstehen sollen. Am Badeteich sei sohin aufgrund einer Zusage der Gemeinde für eine Umwidmung in Bauland-Sondergebiet in gutem Glauben gebaut worden; die Pächter genossen Vertrauensschutz. Eine nunmehr erfolgte Meinungsänderung der Gemeinde könne nicht zum Nachteil der Pächter gehen. Darüber hinaus handle es sich bei einer ohne Fundament und ohne Verankerung im Boden



Der Beschwerdeführer beantragte die Aufhebung des angefochtenen Bescheides im Wesentlichen mit der Begründung, die im Bescheid genannten Objekte seien nicht bewilligungspflichtig. (Symbolbild)

errichteten Badehütte um kein Bauwerk im Sinne der NÖ BO 2014.

Das NÖ LVwG gab der Beschwerde des Beschwerdeführers insoweit Folge, als der angefochtene Bescheid dahingehend abgeändert wurde, dass die beiden im erstinstanzlichen Bescheid vorgeschriebenen „Auflagen“ aufgehoben wurden. Im darüberhinausgehenden Umfang wurde die Beschwerde als unbegründet abgewiesen.

DIE BEGRÜNDUNG DES NÖ LVwG

In seiner Begründung führte das NÖ LVwG aus, dass sämtliche Objekte des Abbruchauftrages jeweils die Definition eines „Bauwerks“ gemäß § 4 Z 7 NÖ BO 2014 bzw. der Vorgängerbestimmung erfüllen würden. Das Beweisverfahren hat überdies eindeutig ergeben, dass für sämtliche fünf verfahrensgegenständlichen Bauwerke keine Baubewilligungen (oder Bauanzeigen) vorliegen. Eine Baubewilligung hatte jedoch schon nach der NÖ BO 1996 zwingend in Schriftform zu ergehen. Allfällige Niederschriften bzw. Entscheidungen der Wasserrechtsbehörde vermögen eine Baubewilligung der zuständigen Baubehörde nicht zu ersetzen. Hinsichtlich des Beschwerdevorbringens, die Gemeinde sei über die Errichtung der Badehütten informiert gewesen, wurde auf die ständige Judikatur des VwGH verwiesen, wonach der Umstand, dass Baulichkeiten seit langer Zeit ohne entsprechende Bewilligung bestehen, keine Rechtswidrigkeit eines Beseitigungsauftrages zu begründen vermag. Gemäß ständiger Rechtsprechung des VwGH ist, wenn Gemeindeorgane in Kenntnis des Bestehens von konsenslosen Gebäuden sind, jedoch kein Bauauftrag erteilt wird, ein „Verzicht“ auf die Erlassung solcher Bauaufträge nicht abzuleiten, weil eine solche Rechtsfolge den maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften unbekannt ist, und kann eine Baubewilligung auch nicht durch eine Art konkludentes Verhalten der Bauaufsichtsorgane begründet werden. Da der Beschwerdeführer seine Bauten auf einem Grundstück, das als Grünland-Grün-

gürtel-Uferbegleitgrün gewidmet war (und nach wie vor ist), errichtet hat, kann er auch keinen „Vertrauensschutz“ im Hinblick auf die Unterlassung der Änderung einer Widmung genießen. Der Beschwerdeführer hat überdies gar nicht behauptet, jemals ein Bauansuchen gestellt oder eine Bauanzeige eingebracht zu haben. Aus all diesen Gründen war der Abbruchauftrag inhaltlich zu bestätigen. Zu den beiden vom Bürgermeister erteilten und von der belangten Behörde bestätigten „Auflagen“ führte das NÖ LVwG aus, dass eine Auflage eine pflichtenbegründende Nebenbestimmung eines an sich begünstigenden Verwaltungsaktes ist. Das Wesen einer Auflage besteht darin, dass die Verwaltungsbehörde in einen dem Hauptinhalt nach begünstigenden Bescheid belastende Gebote oder Verbote als Nebenbestimmungen aufnimmt, mit denen der Inhaber des Rechtes für den Fall der Gebrauchsnahme zu einem bestimmten, im Wege der Vollstreckung erzwingbaren Tun oder Unterlassen verpflichtet wird. Nebenbestimmungen dürfen nur insoweit vorgeschrieben werden, als dies gesetzlich entweder ausdrücklich vorgesehen oder mit dem Sinn der zu treffenden Hauptentscheidung in untrennbarer Weise verbunden ist bzw. dem Antrag der Partei entspricht. Bei einem baupolizeilichen Auftrag handelt es sich aber nicht um einen „begünstigenden Verwaltungsakt“, und damit wird dem Beschwerdeführer auch kein Recht eingeräumt, sondern – im Gegenteil – eine Verpflichtung auferlegt. Auflagen sind außerdem von keiner Partei beantragt worden.

Die von der Baubehörde vorgeschriebenen „Auflagen“ finden auch in dem von der Baubehörde erster Instanz als Rechtsgrundlage zitierten § 35 Abs. 2 Z 2 NÖ BO 2014 keine Deckung. Diese Bestimmung ist dem Wortlaut nach nämlich nur Grundlage dafür, den „Abbruch“ selbst anzuordnen, aber räumt der Baubehörde nicht die Befugnis ein, noch Zusatzaufträge betreffend die Modalitäten der Abbruchsausführung auszusprechen. Aufgrund der dargelegten Rechtslage waren die beiden „Auflagen“ demnach ersatzlos aufzuheben. ■■

“ IN SEINER BEGRÜNDUNG FÜHRTE DAS NÖ LVwG AUS, DASS SÄMTLICHE OBJEKTE DES ABBRUCHAUFTRAGES JEWEILS DIE DEFINITION EINES „BAUWERKS“ ERFÜLLEN WÜRDEN.



MAG. JANINE EICHORN
IST MITARBEITERIN DER
BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT
KORNEUBURG

NEUER E-LEARNING- BEREICH PRÄSENTIERT

IN DEN NÄCHSTEN WOCHEN STEHEN BEI DER AKADMIE 2.1 TOP-SEMINARE AUF DEM PROGRAMM.

© SONG.ABOUT.SUMMER - STOCK.ADOBE.COM

Mit ihren Webinaren hat die Akademie 2.1 ein neues und breiteres Angebot geschaffen, das sich gut etabliert hat. Im nächsten Schritt wurde jetzt der neue E-Learning-Bereich präsentiert:

Dort findet man unter anderem die Rubrik „Infothek“, wo aktuelle Handbücher und Informationen für die parteipolitische Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Im Handbuch „Funktionen im Gemeinderat & in der Gemeindepartei“ beschreiben beispielsweise Funktionäre ihre Aufgaben und Projekte in den Gemeinden. Dieses Funktionärshandbuch beinhaltet aber nicht nur viele Projektideen, sondern auch die dafür notwendigen Ansprechpartner.

Das umfangreiche Webinar-Angebot ist sehr gut gebucht, weshalb es immer wieder Anfragen gibt, ob diese Veranstaltungen aufgezeichnet werden. Die Webinare werden weiterhin nur live möglich sein, einzelne Themenbereiche werden nun allerdings als Kurzvideo in der Videothek zur Verfügung gestellt.

Unter „Meine Seminare“ sind schließlich alle Informationen zu einem besuchten Seminar oder Webinar der Akademie 2.1 abrufbar. Neben den Unterlagen kann man sich hier die Teilnahmebestätigung für das Seminar herunter-

geladen und mit dieser eine Förderung bei den Partnern einreichen. ■■■



SEMINARE UND WEBINARE

- 16. 10.** Seminar: **Schreibwerkstatt für die politische Medienarbeit (MI)**
- 18. 10.** Webinar: **Informationsrecht & DSGVO für BGM und GR**
- 20. 10.** Webinar: **Der Prüfungsausschuss (Grundlagen)**
- 23. 10.** Seminar: **Der Prüfungsausschuss – Spezialisierung für Minderheiten (PL)**
- 30. 10.** **Strategie-Workshop: Als Opposition Rolle finden & Profil schärfen (BN)**
- 3. 11.** Seminar: **Raumordnung & Baurecht (AM)**
- 6. 11.** Seminar: **Die Gemeindeordnung II – Spezialisierung für Minderheiten (PL)**
- 9. 11.** Webinar: **Verantwortung als BGM – Sicherheit im Recht (Spezialisierung für BGM)**
- 13. 11.** Seminar: **Auftritt & Rhetorik – Masterclass (Spezialisierung)(PL)**
- 13. 11.** **„Projekt- und Zeitmanagement in der Kommunalpolitik“ (WN)**
- 17. 11.** Webinar **„Vergaberecht für Gemeinden“ (Grundlagen)**

Das gesamte Angebot der Bildungsakademie ist auf der Homepage der Akademie 2.1 zu finden.

Markus Burgstaller,
Geschäftsführer

02742 / 9020 – 1680

office@akademie21.at

www.akademie21.at

DIGITALISIERUNG

ERFOLGSFAKTOR SMART STREET

INTELLIGENTE STRASSEN HELFEN DABEI, GEMEINDEN ALS WOHNORTE ATTRAKTIV ZU HALTEN.

© JOHANN PERGER

In Melk wurde bereits 2018 die erste intelligente Musterstraße Österreichs errichtet.

Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung vorangetrieben. Die dafür notwendige Ausstattung mit leistungsfähigen Glasfaserkabeln geht, wenn auch vielfach schleppend, voran. Einige Gemeinden sind aber bereits weiter und machen Straßen „intelligent“. Möglich wird das vor allem mit Lichtmasten, die eine Fülle von Möglichkeiten bieten.

In Melk und Rohrendorf (beide NÖ) sowie im burgenländischen Ollersdorf gibt es bereits „Smart Streets“. Die Anbindung an die Glasfaser-Infrastruktur ermöglicht nicht nur die Nutzung von öffentlichem WLAN, sondern etwa auch eine bedarfsgerechte und energieeffiziente Beleuchtung, die Nutzung von Verkehrsleittechnik und die Steuerung von Ampeln sowie das Anzeigen freier Parkplätze. Im Sicherheitsbereich wird Videoüberwachung inklusive einer direkten Verbindung mit der Polizei möglich. Wenn die Lichtmasten über eine Batterie mit Strom versorgt werden können, ist das System auch gegen Blackouts abgesichert.

DIGITALISIERUNG GEGEN ABWANDERUNG

„Wir steuern im Sommer auch Sprühkühlanlagen“, berichtet Bürgermeister Bernd Strobl

aus dem burgenländischen Ollersdorf, einer der sonnigsten Gemeinden des Landes. „Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Verkehrskomfort und eine passende Infrastruktur bieten, wie in größeren Städten.“ „Gerade um junge Familien im Ort zu halten, ist es wichtig, die Digitalisierung voranzutreiben“, streicht auch der Rohrendorfer Bürgermeister Gerhard Tastl die Bedeutung moderner Technik für die Attraktivität einer Gemeinde hervor.

ENERGIEAUTARKE BUS-WARTEHÄUSCHEN

In Melk nutzt man das Know-how des ortsansässigen Lichtmastenherstellers Fonatsch und hat bereits 2018 die erste intelligente Musterstraße Österreichs errichtet. „Wir wollen sowohl unseren Gästen aus aller Welt als auch unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur das Weltkulturerbe Wachau, sondern auch die innovative Technikausstattung einer modernen Kommune präsentieren“, erklärt Bürgermeister Patrick Strobl, der Gemeinden vor allem die mit Solarzellen ausgestatteten Bus-Wartehäuschen ans Herz legt, die eine Fülle von Funktionen bieten. So können etwa Fahrpläne leicht aktualisiert werden oder Neuigkeiten aus der Gemeinde können unmittelbar kommuniziert werden. ■■■

BUCH

Das Buch „Erfolgsfaktor Smart Street“ ist ein Leitfaden für Kommunen sowie für Unternehmen aus der Bau- und der Digitalisierungs-Branche die sich mit der Planung und Errichtung intelligenter Straßen beschäftigten. Zu beziehen ist das Buch bei der Initiative Smart Safe an Green Mobility (SSGM).

Info

☎ 02752/527 23-35

@ info@ssgm.eu

🌐 www.ssgm.eu

■ VOR 20 JAHREN

JUGENDSCHUTZ HARMONISIERT

Nach mehrjähriger gemeinsamer Arbeit wurden die Jugendschutzbestimmungen in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland aufeinander abgestimmt. Bis dahin sei es etwa für die Betroffenen in der Umgebung von Wien unverständlich gewesen, warum in NÖ und der Bundeshauptstadt unterschiedliche Regelungen galten, meinte VP-Klubobmann Klaus Schneeberger. Außerdem habe kaum ein Jugendlicher gewusst, wie lange er sich in Lokalen aufhalten durfte und ab wann er Alkohol und Tabak konsumieren durfte. Durch eine Informationspflicht des Landes sollten die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher besser informiert werden.

Mit der neuen Regelung wurden Altersgrenzen gesenkt und die Ausgehzeiten verlängert. Nun durften sich junge Menschen bis 14 Jahre bis 22 Uhr und bis

16 Jahre bis ein Uhr an öffentlichen Orten aufhalten.

Unternehmer und Veranstalter wurden verpflichtet, die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes einzuhalten. Es reichte nun nicht mehr, ein Schild mit den wichtigen Paragraphen des Gesetzes auszuhängen.

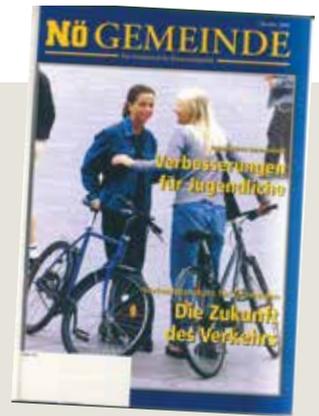
Der Gemeindevertreterverband hatte in Altenglobach eine Klausur abgehalten. Dabei wurde beschlossen, ein strategisches Planungsgremium zu installieren. Dieses sollte die Aufgabe haben, Ziele zu definieren und eine Erfolgskontrolle durchzuführen.

Als eines der Hauptprobleme wurde die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungstexten gesehen. Diese seien zu unverständlich, und die Fristen seien zu kurz. Um dem Problem Herr zu werden,

sollten die Begutachtungstexte auf der sich noch in Arbeit

befindlichen Homepage des Verbandes zur Verfügung gestellt werden. Die Verbandsgeschäftsstelle werde versuchen, die Inhalte vorzustrukturieren und kurze und prägnante Fragestellungen zu den jeweiligen Inhalten zu verfassen, erklärte Landesgeschäftsführer Christian Schneider.

Gestärkt werden sollte das verbandseigene Schulungswesen. Dabei wollte man sich nun vermehrt um die „einfachen“ Gemeinderäte bemühen. Ihnen sollte mehr Service geboten werden, und die Funktionärinnen und Funktionäre sollten stärker als Kunden angesehen werden. ■■■



WIR GEBEN KINDERN WIEDER EIN ZUHAUSE



SPENDEN UNTER WWW.PROJUVENTUTE.AT
SPENDENKONTO: IBAN: AT61 2040 4000 4040 4600



INTERKOMMUNALE PHOTOVOLTAIK-ANLAGE

In einer gemeindeübergreifenden Kooperation wird nun am Dach der Park&Ride-Anlage beim Bahnhof Tullnerfeld CO₂-neutraler Strom erzeugt: Die TullnEnergie hat Photovoltaik-Anlagen für die Versorgung von bis zu 150 Haushalten

errichtet, das Gebäude ist im Eigentum der Gemeinden Michelhausen, Langenrohr und Judenau-Baumgarten. Durch dieses interkommunale Projekt werden in der Region Tullnerfeld pro Jahr rund 1.000 kg CO₂ eingespart. ■■■



Bürgermeister Rudolf Friewald (Michelhausen), Johannes Sanda (Geschäftsführer TullnEnergie), Bürgermeister Peter Eisenschenk (Tulln) und Bürgermeister Georg Hagl (Judenau-Baumgarten). Nicht am Bild: Bürgermeister Leopold Figl (Langenrohr).

© STADTGEMEINDE TULLN

KASTLGREISSLER IM RAX-WECHSEL-GEBIET

Das aus Niederösterreich kommende Start-up „KastlGreissler“ hat vor knapp einem Jahr damit begonnen, in ländlichen Regionen Selbstbedienungsshops mit regionalen Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs aufzustellen – und damit die Nahversorgung revolutioniert (siehe auch NÖ Gemeinde Februar 2021). Dank

Franchisenehmerin Michaela Mandl, bekam nun auch Prigglitz einen Kastl-Greissler. Nach drei Standorten im Tullnerfeld wurde damit im Rax-Wechsel-Gebiet der vierte KastlGreissler Niederösterreichs eröffnet. Österreichweit sind es nun bereits 16 Kastl-Greissler, die für eine verbesserte Nahversorgung am Land sorgen. ■■■



Dank Franchisenehmerin Michaela Mandl bekam nun auch Prigglitz einen KastlGreissler.

KASTLGREISSLER

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPv)
3100 St. Pölten
Ferstlergasse 4

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poysl

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.
Prof. Dr. Franz Oswald

Grafik:

Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0

Martin Pichler,

E-Mail: martin.pichler@kommunal.at

Martin Mravlak,

E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at

Oliver Vogel,

E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust

an folgende Zielgruppen in NÖ:

Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

**Ihre Landesbank für
ganz Österreich!**



**KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.**

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive.

Effektive und budgetschonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert – für Gemeinden in ganz Österreich. Ihr Ansprechpartner:

Leiter Öffentliche Finanzierungen

Dr. Christian Koch: 05 90 910

christian.koch@hyponoe.at



HYPO NOE